

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 339

20. Juli 2005

11. Jahrgang

Informationsmangel ist das Haupthindernis für produktive Nachhaltigkeit – Lokale Erfahrungen von Produktionsgemeinschaften

Inforpress Centroamericana hat kürzlich Produktionsgemeinschaften in den Departements Petén, Quiché, Suchitepéquez, Escuintla und Alta Verapaz besucht, um die unterschiedlichen Situationen der Bevölkerungsgruppen kennen zu lernen, die in den letzten zehn Jahren ein Stück Land erhalten haben. Die Eindrücke dieses Besuches wurden in einem Artikel der *Inforpress*-Ausgabe 1613 festgehalten, den wir im Folgenden wiedergeben.

Obwohl die Bedingungen und Aussichten sich von Ort zu Ort dramatisch unterscheiden, berichtet der Autor Matthew Creelman von seiner Erkenntnis, dass in allen Gemeinden die Schwierigkeiten in Zusammenhang mit dem Fehlen an strategischen Auskünften über das jeweilige lokale Umfeld stehen. Der Mangel an objektiver und aktualisierter Information über Märkte, Produktionsalternativen, Möglichkeiten der Wertsteigerung der Produkte auf der einen und eine Systematisierung der Erfahrungen von Erfolgen und Misserfolgen auf der anderen Seite haben zum Verlust von Einkünften, der Verschwendung von Ressourcen und in einigen Fällen gar zur Rückkehr der ehemaligen Flüchtlinge nach Mexiko beigetragen.

Abgeriegelte Gemeinden

In den vergangenen zehn Jahren wurden mehr als 200 Fincas an Gemeinden von Rückkehrenden, Umgesiedelten und anderen Gruppen vergeben. Die Konditionen der Landüberschreibungen waren jeweils unterschiedlich, einige Gemeinden sitzen aufgrund des Kaufs der Ländereien auf hohen Schuldenbergen, während anderen die Grundstücke geschenkt wurden. Bestimmte Gemeinden sind von Geldern der (Internationalen) Zusammenarbeit überschwemmt worden, andere werden bis heute völlig vernachlässigt. Auch bestehen Unterschiede in Bezug auf das jeweilige soziale Gefüge, die Arbeitsformen und die soziale Organisation; wesentliche Differenzen finden sich zudem hinsichtlich der Qualität des Landes, der Infrastruktur, dem Zugang zu Märkten und zu Kenntnissen.

Creelman unterhielt sich auf seinem Besuch mit VertreterInnen von neun Produktionsgemeinschaften und so genannten Produktiven Gemeinden. Unter diesem Begriff versteht der Autor Gruppen von Personen oder Familienangehörigen, die ihre wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit suchen, in dem sie Kooperationszusammenschlüsse aus Kleinst- und Kleinunternehmen ausnutzen, die sie mit ihren eigenen solidarischen und koordinierten Anstrengungen gegründet haben, indem sie kollektive mit individuellen Interessen kombiniert haben, dem sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontext der involvierten Personen entsprechend.

Als ein Thema bei den Gesprächen kam stets die Rolle der Information zur Sprache, absolut notwendig um als in Gemeinschaften organisierte BäuerInnen ein würdiges Leben leben zu können. Die Kommentare schilderten in allen Fällen die Schwierigkeiten des Zugangs zu Marktinformationen, das Fehlen fachlicher Ausbildung und die spärliche Kommunikation mit anderen Gemeinden in ähnlichen Situationen. Daneben hörte Creelman auch man-

che Geschichte über produktive Misserfolge in Fällen, in denen blind den Ratschlägen der *Consultants* gefolgt wurde, die von der Internationalen Zusammenarbeit bezahlt worden waren, und über unbezahlbare Schulden aufgrund des Fehlens eines Absatzmarktes oder der geringen Produktivität der Projekte.

Nichtsdestotrotz geht die Ausübung partizipativer Demokratie in manchen Gemeinden weit über die vermeintlich demokratische Kultur der politischen Parteien und die BürgerInnenbeteiligung auf nationaler Ebene hinaus. Diese Erfahrungen beinhalten Praktiken der Kommunalen Maya-Organisation, die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen und das Nebeneinander von verschiedenen Möglichkeiten, um am Produktionsprozess teilzunehmen, entsprechend den Interessen und der Ideologie jedes einzelnen Mitglieds der Gemeinde.

Die unterschiedlichen Ebenen der Experimente und die Menge an Resultaten von positiven und negativen Erfahrungen stellen eine wertvolle Sammlung dar, die bislang noch nicht systematisiert und ausgetauscht wurde.

Tatsächlich stellen diese Gemeinden eine Herausforderung für gewisse sozialen Sektoren dar, die befürchten, dass die kommunale Solidarität sich wandelt in eine Wirtschaft der Massenproduktionsvorteile. Zudem verkörpert deren Erfolg durchaus eine gewisse Bedrohung für die aktuelle Struktur des Landbesitzes.

Während die Agrargemeinden sich an den Rändern der Wirtschaft bewegen, gebeutelt von finanziellen Krisen und der Abwanderung ihrer Mitglieder, vergleicht ein Politanalyst den Kampf um Land mit zwei Glatzköpfen, die sich um einen Kamm streiten.

„Eine unserer Schwierigkeiten ist das wenige Wissen der Bevölkerung über Märkte, die Qualität ihrer

Produkte und über die Kunst der Vermarktung“, so Omar Jerónimo der Regionalen BäuerInnenkoordination Chortí, in denen sich 55 Gruppierungen, darunter Gemeinden, Kooperativen, Vereinigungen u. a. zusammengefasst haben. Stets kämen die Zwischenhändler in die Gemeinden, um den Kaffee und andere Produkte aufzukaufen, so Jerónimo. Nur über diese kommen die ProduzentInnen an Informationen über den Wert ihrer Produkte. Die einzige alternative Quelle sind die Wirtschaftsseiten in den Zeitungen. Andere Informationen gibt es laut des Koordinationsvertreters nicht, noch schlimmer ist es in den Gemeinden.

Jerónimo berichtet, dass der Chortí-Kooperationsverband den Plan verfolgt, Verkaufsformen zu fördern, die über die interne Solidarität auf kommunaler Ebene funktioniert, beispielsweise über Tauschhandel, aber auch über den Verkauf auf den normalen Märkten. Es bestehen bereits Austauschbeziehungen zwischen den Regionen Chortí und Sololá in Bezug auf Gemüse und Mais. Dabei werden zahlreiche Zwischenhandelsschritte vermieden.

„Dennoch müssen die ProduzentInnen unbedingt verstehen, wie die Märkte funktionieren, wie man an Kredite kommt und wie die Produkte am besten auf dem Markt platziert werden“, so Jerónimo. „Sie wollen von den Erfahrungen anderer Organisationen und Vereinigungen lernen und Informationen mit Leuten austauschen, die in ähnlichen Situationen leben.“

Die Kooperative „Nuevo Horizonte“ in Santa Elena, Departement Petén, hat sich vor sieben Jahren gegründet und ist eine der produktiven Gemeinden, die die meisten Gelder aus Kooperationsfonds bekommen hat. Die Vision dieser Kooperative ist es, ein Wirtschafts- und Sozialsystem auf der Grundlage von Solidarität und Gleichberechtigung aufzubauen. Um Alternativen zu schaffen, verfolgt sie die Diversifizierung ihrer Produkte. Ausserdem will auch sie in diesem Zusammenhang nicht-formale Prozesse des Tauschhandels mit anderen nahe gelegenen Produktionsgemeinden entwickeln.

Die Mitglieder dieser Gemeinde sprechen offen über ihre Erfahrungen der ersten Gründungsjahre und analysieren kritisch die Abhängigkeit, die durch die Projekte der so genannten Entwicklungshilfe geschaffen wurden. Auch wenn sie zahlreiche Projekte weiter verfolgen, haben sie gelernt, zwischen durchführbaren Projekten und solchen zu unterscheiden, die Schulden und Verschwendung mit sich bringen.

Eine weitere, von der Internationalen Zusammenarbeit stark unterstützte Gemeinde ist La Primavera, Playa Grande Ixcán, im Departement Quiché. In der Gemeinde werden Esspalmen, Kautschuk, Kardamom und Kaffee angepflanzt, doch in allen Fällen beschwerten sich auch hier die ProduzentInnen über das Fehlen von Marktinformation und die Erkenntnis, dass die Zwischenhändler dieses Nichtwissen ausnutzen. Hier hat die Gemeinde ebenso wenig Zugang zu Auskünften über die Internationalen Produktpreise und ihre Informationsquellen sind, wie anderswo, in erster Linie die aufkaufenden Zwischenhändler. Ein anderes Problem sieht die Gemeinde in der fehlenden Weiterbildung ihrer Mitglieder. „Fachleute kommen von aussen, unter Vertrag genommen von den Kooperationsprojekten, dabei bleibt die Gemeinde abhängig von dieser Person und hat für sich selbst keinerlei Fachwissen ansammeln können“, so die Interviewten des Koordinationsrates der Gemeinde.

Die Erfahrungen, die in La Primavera mit einigen Kooperationsprojekten gemacht wurden, gleichen denen der Kooperative Nuevo Horizonte. Es gibt Beschwerden über schlechte Projektentwürfe für die Anpflanzung von Kautschukbäumen und Esspalmen. Zwar werden die Projekte aufrechterhalten, aber diese haben bislang noch keinen wesentlichen Ertrag abgeworfen. Gleichwohl sie Arbeitsplätze für die Leute stellen, die die Pflanzen aufziehen, gibt es keine Einkünfte, die in die Gemeinde investiert oder mit denen die Schulden abbezahlt werden könnten.

Auch María Us Álvarez, Koordinatorin der Frauenorganisation der *Vereinigung organisierter Sololatecos* (ASUDI), erwähnt im Gespräch mit Creelmann die Bedeutung, die der Ermöglichung in diesem Fall des Austausches mit anderen Frauenorganisationen zukommt, die im Kollektiv produzieren, um darüber die Zwischenhandlerebenen zu umgehen, auf denen grundsätzlich der Preis auf einem deutlich niedrigen Niveau festgelegt und gezahlt wird.

Derweil bestehen in der Gemeinde San Vicente Los Cimientos, Siqinalá, im Departement Escuintla, ernsthafte Divergenzen und bedeutsame Probleme innerhalb der kommunalen Führung. Diese müssten gemäss den GesprächspartnerInnen von Creelmann erst einmal gelöst werden, um die kollektiven Entscheidungen nicht durch politische Hindernisse zu erschweren.

Das Hauptziel der Gemeinde El Tesoro, San Antonio, im Departement Suchitepéquez, ist es unterdessen, die

Schulden in Höhe von 500'000 Quetzales (ca. US-\$ 65'000) abzuführen, die sie für den Kauf der Finca aufgenommen haben. Derzeit produziert die Gemeinde Bananen und Kaffee und beginnt gerade mit der Züchtung des Genusssisches Tilapia, doch über die aktuellen Preise und Vermarktungsalternativen wissen die ProduzentInnen ebenso wenig Bescheid wie die anderen Gemeinden. Vielmehr kommen die Käufer auf die Finca und verhandeln die Preise jeweils mit der Gemeinde. Santos Pilar Vásquez, Präsident derselben, berichtet, dass sie derzeit darüber nachdenken, die Anpflanzung von Kaffee auszuweiten, obwohl die Finca auf relativ geringer Höhe liegt. Es gibt hier keinen Strom, 90% der BewohnerInnen sind AnalphabetInnen und aufgrund der Dringlichkeit, die Schulden zu tilgen, versucht die Gemeinde trotz fehlendem Investitionskapital voranzukommen.

In der Gemeinde Nuevo Porvenir in Cobán, Departement Alta Verapaz, leben dagegen vornehmlich Flüchtlinge, die nach der Unterzeichnung der Friedensverträge aus Mexiko nach Guatemala zurückgekehrt sind. Die *líderes* der Gemeinde berichten, dass bereits 30% der Familien nach Mexiko zurückgegangen sind. „Viele bereuen es, überhaupt wieder nach Guatemala gekommen zu sein“, so ein *dirigente*. „Es gibt keinen Markt für unsere Produkte“. Inzwischen arbeiten viele BewohnerInnen auf umliegenden privaten Fincas. „In Mexiko gab es mehr Chancen“, so die Interviewten.

Neben dem Informationsmangel über die Marktsituation und Produktionserfahrungen anderer, unterstreichen die Betroffenen in fast allen besuchten Gemeinden auch die fehlenden Vergleichsmöglichkeiten, um die Vorschläge der *Consultants* und die Finanzierungsangebote abwägen zu können. Im Allgemeinen vertreten sie zwar eine kritische Perspektive hinsichtlich des bestehenden Wirtschaftssystems, lassen jedoch auch keinen Zweifel an der Notwendigkeit, lernen zu müssen, in eben diesen Wassern zu segeln.

Während die Weltbank damit beginnt, ihre Bulletins in Maya-Sprachen zu verteilen, richtet sich die *Exportvereinigung Nicht-Traditioneller Produkte* (AGEXPRONT) als Beraterin an kleine AgrarproduzentInnen im Landesinneren. Creelmann resümiert, dass dennoch eine grosse Lücke von Information und kritischer sowie gleichzeitig konstruktiver, zugänglicher und nützlicher Analyse für jene Gemeinden bestehen bleibt, die solidarische Wege in Richtung einer wirtschaftlichen Nachhaltigkeit suchen.

Ermordungen und Drohungen gehen weiter

Guatemala, 11. Juli. Am Freitag, 8. Juli wurde Alvaro Juárez, Mitglied der im Petén aktiven *Allianz für das Leben und den Frieden* während des Abendessens bei sich zu Hause erschossen. Erst wenige Tage zuvor hatte er bei der Staatsanwaltschaft und dem Menschenrechtsprokurat in der Hauptstadt Anzeige wegen erhaltener Todesdrohungen und Einschüchterungen erstattet.

Juárez war bekannt wegen der Gemeindeförderung, die er in seinem Wohnviertel in San Benito, Petén, leistete. Er war als Hilfsbürgermeister tätig, und sein jüngstes Engagement galt dem Kampf um die Installation eines Polizeipostens im Viertel.

Todesdrohungen erhielt dieser Tage auch Mario Antonio Godínez López, Koordinator der *Vereinigung zur kommunalen Förderung und Entwicklung* (CEIBA). CEIBA ist Mitglied verschiedener Dachorganisationen, die sich für die Menschenrechte, die Entschädigungszahlungen an die Kriegsoffer, sowie gegen die Freihandelsabkommen,

den Minenbau und die spezifische Gewalt gegen Frauen einsetzen. Am 7. Juli erhielt das lokale Büro von CEIBA in Chimaltenango, wohl mit einem Absender aus Huehuetenango, wo Godínez López hauptsächlich tätig ist, per Fax eine Drohung, in der es hiess: „Wir teilen mit, dass die jüngsten destabilisierenden Aktionen von CEIBA Unmut und Empörung unter den für den Frieden arbeitenden Organisationen des Departements ausgelöst haben. Wir empfehlen, dass zukünftig keine Versammlungen mit mehr als 20 Personen abgehalten werden, weil dies eine weitere Provokation wäre, die ihre Folgen hätte. Wir empfehlen ausserdem grosse Vorsicht walten zu lassen bei dem, was von heute an in den Gemeinden des Departements geplant wird.“ Unterzeichnet ist das Schreiben mit „Aktionsgruppe für einen Frieden in Huehuetenango“. Bereits Mitte März, als in Huehuetenango bei den Protesten gegen das Freihandelsabkommen CAFTA ein Demonstrant umgebracht wurde, suchten unbekannte Männer das

Büro von CEIBA auf und fragten nach dem Koordinator der Organisation, der sich jedoch zu diesem Zeitpunkt ausser Landes befand.

Morddrohungen bekamen auch die Kongressabgeordneten Nineth Montenegro und Alfredo de León, beide vom *Encuentro por Guatemala*. Das Privathaus von de León wurde von vermeintlichen Mitgliedern der *Plataforma Agraria* aufgesucht, die ihm eine "Nachricht" überbringen wollten. Nachfragen bei der *Plataforma* ergaben, dass die Unbekannten nichts mit der Organisation zu tun hätten, de León selber weilte im Moment des "Besuches" im Ausland. Er hat sich als einer der wenigen Kongressabgeordneten gegen das Freihandelsabkommen ausgesprochen.

Im Fall von Nineth Montenegro handelt es sich bei den Drohungen um die Überwachung ihres Wohnhauses. Sie sieht darin einen Zusammenhang mit ihrer Anzeige wegen unkontrolliertem Verkauf von Kaliumchlorat durch das Militär.

Vom „natürlichen“ Ableben politischer Parteien

Guatemala, 7. Juli. Bereits 18 Monate vor den nächsten Wahlen in Guatemala, bzw. eigentlich seit Amtsantritt der Regierungallianz GANA mit ihrem Präsidenten Oscar Berger, haben gewisse PolitikerInnen Positionen einnommen oder gewechselt, die nicht politischer Logik, sondern in erster Linie eigenen

wahlpolitischen Interessen entsprechen. In den vergangenen 1 1/2 Jahren haben 36 der insgesamt 158 Kongressabgeordneten die Partei gewechselt, 14 schlossen sich anderen Parteien an, 3 erklärten sich unabhängig und 19 haben neue politische Initiativen gegründet. Dies bedeutet eine Schwächung derjenigen Parteien, die einen starken Abgang zu verzeichnen haben. Die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) z. B. verlor 15 ihrer ursprünglich 42 Sitze, die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) verlor 9 der 33 Sitze. Dazu kommt, dass durch die Entstehung neuer Fraktionen die Suche nach politischen Konsensen innerhalb des Kongresses noch schwieriger geworden ist. Glück gehabt hat die Regierungskoalition GANA, zu der 8 dissidente Abgeordnete übergetreten sind, womit sie den Austritt des Koalitionspartners *Patriotische Partei* wettmachen konnte.

Zu den nächsten Wahlen (Ende 2007) werden aber möglicherweise nicht mehr alle aktuell im Kongress vertretenen Parteien antreten können. 13 der 19 offiziell registrierten Parteien laufen Gefahr, wegen der letzten Jahres vom Kongress angenommenen Änderung des Wahlgesetzes aus dem politischen (Wahl-)panorama zu verschwinden. Das neue Wahlgesetz legt fest, dass diejenigen Parteien, die an den Wahlen '07 ihre KandidatInnen aufstellen wollen, bis

zum 26. Mai 2006 über 15'220 eingeschriebene Mitglieder verfügen müssen (bisher betrug die obligatorische Mitgliederzahl 4'000), ansonsten werden sie für sechs Monate als anerkannte Parteien suspendiert. Zu den Parteien, welche momentan diese Bedingung des Wahlgerichts erfüllen, gehören die Christdemokraten (rund 80'000 Mitglieder), Die FRG mit ca. 45'000 ParteigängerInnen, die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), die *Partei der Nationalen Solidarität* (Teil der Regierungskoalition GANA), die *Patriotische Partei* und die DIA. Die vier letztgenannten verfügen über 16'000 bis 40'000 Mitgliedern.

Bevor mit der Wahlkampagne das Gerangel um Stimmen beginnt, geht es in nächster Zeit also erst einmal darum, Parteimitglieder zu gewinnen. Gemäss eigenen Angaben zufolge ist das für das „Encuentro por Guatemala“ kein Problem. Die von verschiedenen sozialen Organisationen unterstützte Bewegung hatte innerhalb kürzester Zeit genügend Leute beisammen, um sich beim Wahlgericht als „Partei in Gründung“ eintragen zu lassen. Als man dies jedoch vor ein paar Wochen offiziell beglaubigen lassen wollte, wurden die Leute vom Wahlgericht wieder heimgeschickt – die Mitglieder der neuen Partei müssten zuerst die alte Parteizugehörigkeit aufkündigen, bevor sie sich bei einer anderen einschreiben könnten, hiess es.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

NEIN gegen das Wasserkraftwerk in Río Hondo

Guatemala, 4. Juli. Nachdem einige Wochen zuvor die BewohnerInnen von Sipacapa, San Marcos, sich in einer Volksabstimmung gegen den Abbau von Gold durch ein transnationales Unternehmen in ihrer Region aussprachen (siehe ¡Fijáte! 338), wiederholte die Bevölkerung von Río Hondo, Zacapa, Anfang Juli das selbe Prozedere im Fall des Baus eines Flusskraftwerkes im Fluss Colorado (siehe ¡Fijáte! 336).

In beiden Fällen griffen die Gemeindeglieder zum Mittel der in Guatemala bisher fast nie durchgeführten Volksabstimmung, nachdem sämtliche bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmen der Projekte und der Regierung gescheitert waren und ihre Proteste nicht gehört wurden.

Mit dem Ausnutzen dieses demokratischen Spielraums durch die BürgerInnen wird die unklare und sich zum Teil widersprechende guatemaltekische Gesetzeslage evident, speziell die Inkompatibilität nationaler Gesetze untereinander (z. B. Verfassung, Gesetz über die Dezentralisierung und Autonomie der Gemeinden), aber auch mit internationalen Abkommen (z. B. Artikel 169 der Internationalen Arbeitsorganisation), die von Guatemala unterzeichnet sind. Der Widerstand der Bevölkerung gegen das Wasserkraftprojekt begründet sich unter anderem damit, dass dieses die durch ein entsprechendes Gesetz geschützte Zone der *Sierra de las Minas* tangiert, die traditionellen Bewässerungssysteme der BäuerInnen zerstört (dazu gibt es eine 150 Jahre alte rechtlich gültige Abmachung) und mit der Angst vor den Konsequenzen eines durch eine Naturkatastrophe (Erdbeben oder Erdbeben) ausgelösten Staudammbruchs, wodurch das Dorf mit Wasser und Schlamm überflutet würde.

Gegenüber diesem partizipativen

und demokratischen Prozess, der aus Eigeninitiative der Bevölkerung von Río Hondo stattfindet, stehen die Versuche der nationalen und internationalen Investoren, die Volksabstimmung zu verhindern, ebenfalls unter Berufung auf nationale Gesetze. (Das Unternehmen *Hidroeléctrica Río Hondo S.A.* besteht zu 60% aus italienischem und zu je 20% aus guatemaltekischem und US-amerikanischem Kapital.)

So wird auf der einen Seite damit argumentiert, dass das Wasser, das den Colorado-Fluss hinunterfließt, dem Staat gehört und die Bevölkerung kein Mitspracherecht hat zu entscheiden, was damit geschieht. Auf der anderen Seite beruft sich ebendiese Bevölkerung auf ihre Verantwortung, die für sie lebenswichtigen Ressourcen zu schützen.

Im Artikel 64 der Gemeindeverordnung heisst es: „Die BürgerInnen haben das Recht, vom Gemeinderat die Durchführung einer Volksabstimmung zu verlangen, wenn es um Belange geht, die Auswirkungen auf alle Gemeindeglieder haben. Die Forderung nach einer Abstimmung muss von mindestens 10% der Stimmberechtigten unterzeichnet sein und ist gültig, wenn mindestens 20% der Stimmberechtigten daran teilnehmen.“ Mit der Teilnahme von 2831 Personen (28,37% der 9679 Stimmberechtigten) und einer überwältigenden Anzahl von Nein-Stimmen (2735 = 96,6%) sollte der Fall eigentlich klar sein. Ist er aber nicht. Der Energieminister Luis Ortiz gab nach dem Abstimmungswochenende bekannt, dass das Ergebnis wahrscheinlich nicht akzeptiert werde, da erstens die rechtlichen Bestimmungen nicht eingehalten worden seien und zweitens die Bevölkerung keine Ahnung habe, was eigentlich ein Flusskraftwerk sei. Ebenfalls beruft man sich seitens der Regierung im Zusammenhang mit den weiter

ansteigenden Ölpreisen auf die Wichtigkeit von Energiegewinn durch Wasserkraft. Die *Hidroeléctrica Río Hondo S.A.* ihrerseits übt Druck auf die Regierung aus und verlangt, dass diese endlich ihre Position festlege, habe doch das Unternehmen alle Bedingungen (z. B. das Erstellen einer Umweltverträglichkeitsprüfung) erfüllt. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses reichte das Unternehmen einen Rekurs dagegen ein.

Die Debatte über die Rechtsgültigkeit der Abstimmungen sowohl in Sipacapa wie auch in Río Hondo beschäftigt nicht nur die betroffenen Gemeinden sondern auch Rechtsgelehrte und Politanalysten. Bei einer von der Tageszeitung *Prensa Libre* organisierten Diskussionsveranstaltung waren sich alle TeilnehmerInnen, ob sie nun die Pro- oder die Contra-Meinung vertraten, darüber einig, dass das bestehende rechtliche Vakuum bezüglich der Gültigkeit von Volksabstimmungen dringend gefüllt werden müsse. Ansonsten würden unter der Bevölkerung auf der einen Seite falsche Hoffnung und auf der anderen Frustration über die nichtfunktionierenden demokratischen Mittel genährt.

„Von welcher Demokratie sprechen wir?“ fragt die Überschrift einer Solidaritätsbekundung der Menschenrechtsorganisation GAM mit der Nein-stimmenden Bevölkerung von Río Hondo. Mit dem Zusatz „Wenn es den Interessen der Mächtigen entspricht, ist das Ergebnis einer Volksabstimmung gültig, aber im Fall von Río Hondo läuft es den Interessen der in der Regierung vertretenen Unternehmer zuwider, weshalb das Energieministerium das Gesetz dahingehend manipuliert, dass das Abstimmungsergebnis ungültig ist“ gibt die Organisation gleich selber die Antwort auf ihre rhetorische Frage.

Ex-PAC wieder in Aktion

Guatemala, 13. Juli. Während in Chiquimula eine Gruppe von ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) eine Strassenkreuzung blockierte und in eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei geriet, forderten ihre Vertreter in der Hauptstadt die Auszahlung der versprochenen Wiedergutmachung in Form von Bargeld und nicht als Projekte. „Bäumlein nur zu Weihnachten“ war ihr Slogan, in Anlehnung an die von der Regierung vorgeschlagenen Wiederaufforstungsprojekte, mit denen die Ex-PAC entschädigt werden sollen. 12 Tage gaben diese der Regierung Zeit, um mit den Barzahlungen zu beginnen, anson-

sten würden sie die in letzter Zeit eingestellten Proteste wieder aufnehmen. Da sie von keinem/keiner der Kongressabgeordneten empfangen wurden, muss man wohl damit rechnen, dass sie ihre Drohungen wahr machen.

Gemäss eigener Angaben wurden bisher erst 400'000 Personen von den insgesamt 1'300'000 registrierten ehemaligen Patrouillisten entschädigt. Doch diese Liste befindet sich immer noch in „Säuberung“. Alvaro Aguilar, Landwirtschaftsminister und zuständig für das Ex-PAC-Entschädigungsprojekt „Ergünen“ erklärte, dass Leute, die unter 37 Jahre alt sind, nicht begünstigt werden

können, da sie zu Kriegszeiten noch Kinder und keine Mitglieder der PAC waren. Diesem Argument widersprechen die Ex-PAC's mit der Begründung, dass es Fälle von Kinderrekrutierung gegeben habe.

Das zuständige Gericht in Huehuetenango verurteilte indessen vier Mitglieder der Ex-PAC zu je fünf Jahren Gefängnis wegen illegalen Festhaltens von vier Journalisten während der Proteste vom Oktober 2003. Bereits im letzten Februar wurden Mirta de Jesús López Argueta y Óscar Pérez wegen der Anstiftung zu dieser Tat zu je sechs Jahren verurteilt.

Tödliche Pflanzen“schutz“mittel

Guatemala, 8. Juli. Die Abteilung für Epidemiologie des guatemaltekischen Gesundheitsministeriums meldet für das vergangene Jahr 1'043 Fälle von Vergiftung durch Pflanzenschutzmittel, wovon 145 tödlich endeten. Betroffen sind ArbeiterInnen auf Gemüseplantagen, aber auch Kinder, die ihre Eltern bei der Feldarbeit begleiten. Ebenfalls betroffen sind die BewohnerInnen von Dörfern, die in der Windrichtung von Pflanzungen liegen und bei Besprühungen mit Gift eingenebelt werden.

Diese, in einer Reportage von *el Periódico* veröffentlichten Zahlen des vergangenen Jahres, entsprechen dem vom Gesundheitsministerium errechneten Jahresdurchschnitt, wobei von einer Dunkelziffer nicht gemeldeter Fälle von 99% ausgegangen wird. Entsprechend divergieren auch die Statistiken. Die forensischen ÄrztInnen des Justizwesens meldeten für letztes Jahr 303 tödliche Pflanzenschutzmittelvergiftungen.

Unbekannt bzw. unerforscht sind auch die langfristigen gesundheitlichen Schäden, welche diese Gifte im Körper der Menschen hinterlassen, sowohl bei den FeldarbeiterInnen, wie auch bei de-

nen, die das besprühte Gemüse konsumieren.

Die Vereinigung der Agrochemie-industrie (Agrochima), in der FabrikantInnen, ImporteurInnen und VerkäuferInnen von Pflanzenschutzmitteln zusammengeschlossen sind, verteidigen sich mit dem Argument, dass ihre Produkte, richtig angewendet, nicht schädlich seien. Dies würden diverse Studien beweisen, die gemacht wurden, bevor die Produkte überhaupt auf den Markt gekommen seien.

Ob ein Gift in einem Land verkauft und versprüht werden darf, hängt nicht so sehr von den Ergebnissen irgendwelcher Studien ab, sondern vielmehr von der jeweiligen Gesetzgebung des Landes. Ein Beispiel ist das Pflanzenschutzmittel Atrazine. Vor einigen Jahren kam es in den Vereinigten Staaten zu einem Skandal wegen dieses in einigen europäischen Ländern verbotenen, in den USA jedoch weit verbreiteten und v. a. in Maispflanzungen und Vorgärten angewendeten Giftes. Ausgelöst wurde der Skandal durch die Klage der ArbeiterInnen des schwedischen Herstellers von Atrazine, nachdem bei den mit dem Gift

in Berührung kommenden Arbeitern Prostatakrebs diagnostiziert wurde. In Folge wurde die Anwendung des Giftes in den USA strenger reguliert. In Guatemala ist Atrazine einer der 400 Grundkomponenten der Tausenden im Handel erhältlichen Pflanzenschutzmittel. Alle selbstverständlich mit einer durch das Landwirtschaftsministerium (MAGA) ausgestellten Verkaufslizenz

Im Jahr 2000 unterzeichneten die Gesundheitsminister Zentralamerikas ein Abkommen, das die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln reglementiert bzw. den Gebrauch von zwölf von ihnen verbietet. Das Problem in Guatemala ist, dass die Kontrollen sehr locker sind und diese durch Umfüllen der Produkte bzw. durch Schmuggel umgangen werden, wie der auf das Thema spezialisierte Agronom Danilo Ardón erklärte.

Das Geschäft sei „gigantisch und mächtig“, bestätigte der Epidemiologe Manuel Sagastume. Seit 1975 habe sich die weltweite Produktion von Pflanzenschutzmitteln verfünffach. In Guatemala habe sich der Import von 4.1 Mio. Kilogramm im Jahr 1994 auf 10.4 Mio. kg im Jahr 2000 erhöht.

Soziale Säuberung – Revival der Todesschwadronen

Guatemala, 15. Juli. Wie zu früheren Zeiten, wenn die Guerilla in die Dörfer gekommen war, um politische Meetings abzuhalten, muss es den BewohnerInnen der Dorfes Pachichaj, in der Nähe von San Lucas Tolimán am Atitlán-See, vorgekommen sein, als sie am Sonntagnachmittag, 3. Juli, von einer Gruppe von ca. 8 uniformierten, maskierten und bewaffneten Männern auf dem Dorfplatz zusammengerufen wurden. Damit hat sich aber die Ähnlichkeit auch schon.

In diesem Fall handelte es sich um die selbsternannten „Verteidiger des Volkes“, laut einem in einem Vorort des touristischen Nachbardorfes Santiago Atitlán aufgehängten Transparent eine „Gruppe zur sozialen Säuberung – Verstärkung der Polizei“. Sie versprachen der Bevölkerung, sie vor der offenbar unkontrollierbaren Gewalt und Delinquenz in der Gemeinde zu schützen. Kurz nach dem Meeting wurden in Dorfnähe die toten Körper von Pablo Chávez und Salvador Ziná Ramírez gefunden, deren Leichen gut sichtbar am Strassenrand lagen.

Innenminister Carlos Vielman stritt sofort ab, dass die Polizei irgendetwas mit dieser Gruppe zu tun habe und schickte Spezialtruppen der Polizei in die Region am Atitlán-See, um diese Form

von Selbstjustiz zu unterbinden. Er scheute sich hingegen nicht davor, die Morde ehemaliger Mitglieder der Guerilla zu erwähnen, sei doch das Vorgehen des Meetings identisch, die Region eine ehemalige Hochburg der Guerilla, wo bei der Demobilisierung nicht alle Waffen abgegeben worden seien.

Die *Nationale Front für die Verteidigung des öffentlichen Dienstes und der natürlichen Ressourcen* (FNL) verurteilte aufs Schärfste das Wiederaufkommen paramilitärischer Gruppen und die Ex-Guerilla-Hypothese des Innenministers. In ihrer Presseerklärung heisst es:

„Mit dieser billigen, jeglichen Fundaments entbehrenden aber gut kalkulierten Beschuldigung beweise die Regierung, dass sie selber hinter diesen Morden stecke. Die Bekämpfung paramilitärischer Aktionen werde nun von den Behörden als Vorwand genutzt, um die Freiheit der Bevölkerung einzuschränken, übergreifende und zivilrechtsverletzende Methoden einzusetzen und die Mitglieder sozialer Bewegungen in den Dreck zu ziehen und zu verfolgen. Dass die erste Aktion dieser Gruppe ausgerechnet im Departement Sololá stattfindet, ist kein Zufall, ist es doch eines der Departements, die sich am kämpferischsten gegen die Edelmetall-Minen-

projekte, die Freihandelsabkommen und das Konzessionsgesetz wehren. Somit muss diese Aktion als eine direkte Bedrohung der Bevölkerung und ihrer *líderes* in der Verteidigung ihrer Rechte verstanden werden. Ebenfalls ist es nicht zufällig, dass diese Mörderbande ihre Existenz öffentlich macht, kurz nachdem die Regierung mit den verlorenen Volksabstimmungen in Río Hondo und Sipacapa zwei harte Niederlagen einstecken musste.“

Gemäss dem Bürgermeister von San Lucas Tolimán ist die Delinquenz Problem Nummer 1 in der Gemeinde. Jugendbanden sowie der Verkauf von Drogen inkl. Alkohol hätten Gewalt und Unsicherheit zur Folge und die Tatsache, dass sechs Polizisten dafür zuständig seien, eine Region mit 23'000 BewohnerInnen zu kontrollieren, trage nicht zum Vertrauen der Bevölkerung bei. Entsprechend werde das Auftauchen von einer bewaffneten Gruppe, die für vermeintliche Ruhe und Ordnung sorgt, von vielen Leuten positiv bewertet.

Diese Analyse wird von verschiedene AnalystInnen geteilt und die Schlussfolgerung und –Forderung lautet, dass sich die Regierung endlich ernsthaft mit dem Thema „Parallelstrukturen, organisiertes Verbrechen und Gewalt“ auseinandersetzen solle.

Femi(ni)zid in Guatemala - Thema auf internationalen Ebenen

Guatemala, 2. Juli. Anfang des letzten Monats veröffentlichte *Amnesty International* (AI) einen Bericht über die gewalttätigen Morde an Frauen und Mädchen. Unter dem Titel „Weder Schutz noch Justiz: Morde an Frauen in Guatemala“ hebt die internationale Menschenrechtsorganisation in ihrem Dokument hervor, dass die Straflosigkeit, die Diskriminierung und das Fehlen einer Koordination zwischen den Regierungsinstanzen die Hauptfesseln seien, die die Justiz in diesem Zusammenhang einschränken.

Laut Yvette Bautista, AI-Beauftragte des Regionalbüros für Amerika, beobachtet AI Guatemala bereits seit 20 Jahren; die bestehende Gewalt gegen Frauen und der Femizid seien aktuell extrem beunruhigend und müssten sofort angegangen werden.

Der Bericht resümiert die Schlussfolgerungen einer Untersuchung, die seit etwa einem Jahr durchgeführt wurde und mit der Unterstützung von Autoritäten, zivilen Organisationen und Angehörigen von Betroffenen zustande kam. Zudem wurden Überlebende von Übergriffen, Aggressionen und häuslicher Gewalt interviewt.

Die Studie betont dabei den Anstieg an Brutalität, mit der die Morde an Frauen in Guatemala durchgeführt würden sowie die Anzeichen an sexueller Gewalt, die an den Leichen vorgefunden worden seien. 152 von den untersuchten Fällen zwischen Januar und August 2004 zeigten demnach Merkmale einer Vergewaltigung, in 31% der Fälle seien die Frauen vor der Tat bedroht worden.

Gemäss Informationen des Menschenrechtsprokurats wurden von den Morden an Frauen, die seit 2001 begangen wurden, insgesamt nur in 9% der Fälle ermittelt. Signifikant für die Haltung der Autoritäten sind zudem die Differenzen der offiziellen Daten: Während die Staatsanwaltschaft im letzten Jahr 817 Morde an Frauen zählte, berichtet das Innenministerium von 494 Fällen im selben Zeitraum. Seit Anfang des Jahres 2005 bis zum 20. Juni wurden von diesem Staatsressort 263 ermordete Frauen registriert, derweil das *Netz gegen Gewalt gegen Frauen* bereits von mehr als 290 durch Gewalt umgekommene Frauen in diesem Jahr spricht, die Nationale Zivilpolizei reportiert 313, andere Quellen nennen rund 400 Opfer.

Zu den ermordeten Frauen in den letzten Jahren gehörten sowohl Studentinnen, Hausfrauen, Akademikerinnen, Hausangestellte, Arbeiterinnen als auch Mitglieder und Ausgestiegene von Jugendbanden und Sexarbeiterinnen. Die Behörden machen es sich derweil leicht, indem sie die Problematik der Morde an Frauen von vornherein auf ein Phänomen in den letztgenannten gesellschaftli-

chen Sektoren beschränken und sich demgegenüber als machtlos erklären.

„Das Fehlen von Untersuchungen und angemessenen Strafurteilen vermittelt die Botschaft, dass in diesem Land die Gewalt gegen Frauen akzeptabel ist“, argumentiert Bautista während der Präsentation des Berichts. „Die wahre Dimension der Morde an Frauen in Guatemala bleibt weiterhin unbekannt“, schliesst der Bericht von *Amnesty*.

Die Morde an Frauen waren auch Thema beim *Zweiten Interparlamentarischen Dialog über feminizide Gewalt*, der Ende Juni in Antigua Guatemala geführt wurde und an dem, nach einem publikums-offenen Teil in der Hauptstadt, Abgeordnete und VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus Mexiko, Spanien und Guatemala teilnahmen. Diskutiert wurden Gesetzeslagen, spezifische Sicherheitspolitiken, die Ermittlungssituation, die das Thema umrankende Straflosigkeit sowie die Pläne, die aufgegriffen werden sollen, um Normen aufzustellen.

Im protokollarischen Auftakt, der vom Legislativorganismus Guatemalas koordiniert wurde, skizzierte die Anwältin und *Amnesty*-Botschafterin Hilda Morales, deren Name sich unter den sechs guatemalteckischen Frauen findet, die für den Friedensnobelpreis nominiert sind (siehe ¡Fijáte! 338), den Ursprung der Definition der Verbrechen gegen Frauen, die sich durch die sexuelle Zugehörigkeit der Opfer auszeichnet. Der Femizid sei ein Problem der Politik, brachte Morales die Situation auf den Punkt. Auch wenn vor Jahren die Gewalt gegen Frauen noch dem persönlichen Umfeld zugeschrieben worden sei, sei doch gerade dieses Persönliche politisch. Von daher sei es unerlässlich, dass die zuständigen FunktionärInnen Schritte unternähmen, um diesem Phänomen zu entgegen. Diese Forderung wurde auch von den VertreterInnen der Zivilgesellschaft unterstützt und nicht nur auf die Notwendigkeit einer Reform des guatemalteckischen Strafgesetzes beschränkt, dessen aktuelle Version aus dem Jahre 1973 stammt.

Morales erläuterte als Ziele der Interparlamentarischen Dialoge die Analyse der Eigenheiten des Phänomens der Gewalt gegen Frauen in den verschiedenen Ländern und das Wecken des Interesses bei RegierungsvertreterInnen, sich für eine Strafgesetzgebung in Bezug auf diese Verbrechen einzusetzen.

Marcela Lagarde, Präsidentin der Spezialkommission für Feminizid der Abgeordnetenkammer Mexikos, wies darauf hin, dass die Gewalt gegen Frauen ein wahnsinniges Niveau erreicht habe mit neuen Arten, diese zu foltern. Dies mache es notwendig, neue Begriffe in die Gesetzgebung einzuführen, um die Verbrechen

benennen und bestrafen zu können.

Die Kongressabgeordnete Sofia Castro machte deutlich, dass für sichtbare Veränderungen in den gleichberechtigten sozialen Beziehungen ein Wandel in der Haltung der Abgeordneten notwendig sei, da der politische Wille Hand in Hand gehe mit der entsprechenden Erkenntnis, um eine positive Wirkung zugunsten der Typifizierung und der endlichen Ausradierung dieser Verbrechen zu erreichen.

Die Abgeordnete Myrna Fryneé Ponce, Mitglied der Frauenkommission des Kongresses, wies abschliessend darauf hin, dass die heuer verabschiedete *Deklaration von Antigua* die Fortschreibung der Verpflichtungen darstelle, die während des Ersten Dialogs im Mai 2005 in Mexiko von den teilnehmenden LändervertreterInnen übernommen wurden. In diesen war die technische und wirtschaftliche Stärkung für die Verbreitung von Massnahmen gegen die Verbrechen gegen Frauen beschlossen worden.

Der nächste Interparlamentarische Dialog wird planmässig in Spanien stattfinden, Ort und Zeitpunkt blieben bei der Schliessung des Treffens noch offen.

Konzepte in Diskussion

"Femizid: Einige AktivistInnen nutzen diesen Begriff als Synonym für „Mord und Totschlag an Frauen“. Die Autorinnen Jill Radford und Diana Russell weisen darauf hin, dass damit „der verdunkelnden Schleier von den neutralen Begriffen Mord und Totschlag entfernt wird“. Gleichzeitig wird mit dem Terminus Femizid der soziale und verallgemeinerte Charakter der genderspezifischen Gewalt unterstrichen und geht über individualisierende, neutralisierende und pathologisierende Ansätze hinaus, die dazu führen, den Opfern die Schuld zuzuschreiben.

Feminizid: Diejenigen, die diesen Begriff nutzen, heben den politischen Charakter hervor, der den Staat wegen Aktion oder Unterlassung in die Taten involviert. Für die mexikanische Abgeordnete und Feministin Marcela Lagarde setzt sich dieser Charakter zusammen aus dem ideologischen und sozialen Ambiente des *Machismo* und des Frauenhasses, der zur Selbstverständlichkeit gewordenen Gewalt gegen Frauen, den Gesetzeslücken und den Regierungspolitiken, die ein unsicheres Zusammenleben für die Frauen generierten und alle Verbrechen gegen diese begünstigten. Nach Ansicht der Soziologin Julia Monárrez Fragoso impliziert der Begriff Feminizid die Zustimmung der Autoritäten, Personen und Institutionen, die die politische, wirtschaftliche und soziale Macht unter Kontrolle haben.“ (*laCuerda* 79, Juni 2005)